

AfD	Eingang Büro der Kreisorgane am 08.09.2026	Antrag 2026/0111/AT
Betreff:	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion Bestandsaufnahme und Gefährdungsanalyse der kritischen Kreis-Infrastruktur	

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zusammen mit den zuständigen Behörden eine Bestandsaufnahme und Gefährdungsanalyse der kritischen Infrastruktur im Hochtaunuskreis zu erstellen und darüber in öffentlicher und nicht-öffentlicher Sitzung im HFD-Ausschuss zu berichten.

Begründung

Der Kreistag ist das oberste Organ im Kreis und hat die Richtlinien- und Kontrollkompetenz gegenüber der Kreisverwaltung (Kreisausschuss und Landrat). Ausgenommen sind die reinen Auftragsangelegenheiten des Landrats als Landesbehörde (§ 4 Abs. 2 HKO). In § 29 Abs. 2 HKO ist geregelt: Der Kreistag überwacht die gesamte Verwaltung des Landkreises und die Geschäftsführung des Kreisausschusses.

Gem. § 29 Abs.3 HKO hat der Kreisausschuss den Kreistag über die wichtigen Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten.

Der Kreis ist gem. § 25 Abs.1 Nr.1 HBKG (Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz) für den Katastrophenschutz zuständig:
Katastrophenschutzbehörden sind die Landrätin oder der Landrat in den Landkreisen und die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister in den kreisfreien Städten (untere Katastrophenschutzbehörde),

Schließlich ist der Kreis für den überörtlichen Brandschutz und die überörtliche Allgemeine Hilfe zuständig.

In den zurückliegenden Wochen fanden eine Reihe neuartiger und massiver Angriffe auf die kritische Infrastruktur in Deutschland statt. Nach ersten Erkenntnissen war die betroffene Infrastruktur weitgehend ungeschützt.

Um Schaden von den Menschen im Kreis abzuwenden, halten wir es für unabdingbar, eine Bestandsaufnahme der kritischen Infrastruktur im Hochtaunuskreis durchzuführen und eine Gefährdungsanalyse für diese kritische Infrastruktur zu erstellen.

Wir bitten den Kreisausschuss, alle zuständigen Behörden einzubeziehen und über die Ergebnisse im HFD zu berichten. Vertrauliche Ergebnisse sollten in nicht-öffentlicher Sitzung berichtet werden.

Frank Bücken
Fraktionsvorsitzender

Paul Beuter
Parl. Geschäftsführer